

A n t r a g

der Fraktion DIE LINKE

Aufforderung zum Rücktritt

Der Landtag fordert die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht sowie die gesamte Thüringer Landesregierung (nach Artikel 75 der Thüringer Landesverfassung) zum Rücktritt auf, um somit den Weg für Neuwahlen in Thüringen frei zu machen.

Begründung:

Die Landesregierung hat in den vergangenen 12 Monaten wiederholt gezeigt, dass sie nicht mehr in der Lage ist, Politik für die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Thüringen zu gestalten. Der Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten von CDU und SPD ist offensichtlich erschöpft. Diese Koalition ist in der Gegenwart maßgeblich geprägt von gegenseitigen Anfeindungen, die in ihrer öffentlichen Art das Bild Thüringens in der Bundesrepublik schädigen.

Zahlreiche Beispiele belegen die gegenseitige Blockade von CDU und SPD. So musste der Freistaat Thüringen das Jahr 2013 ohne beschlossenen Haushalt beginnen. Der Entwurf für den Haushalt hätte eigentlich im Sommer 2012 vorgelegt werden sollen. Stattdessen stritten sich die Koalitionsvertreter öffentlich bis in den Oktober hinein über die Frage, ob es einen Einzel- oder einen Doppelhaushalt geben soll.

Zentrale politische Herausforderungen werden nicht angegangen und zum Nachteil des Freistaates sich selbst überlassen. In der Frage einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform sollte beispielsweise eine eigens gegründete Regierungskommission noch vor der Sommerpause 2013 eine Position erarbeiten. Inzwischen zeigt sich, dass auch die vergangenen Wochen nicht genutzt wurden, diese Aufgabe zu erfüllen.

Auch die Rekommunalisierung der Thüringer Energie AG, das wohl größte politische Vorhaben der Thüringer Kommunen in den zurückliegenden Jahren, wurde durch Kompetenzgerangel innerhalb der Landesregierung unnötig verzögert und mehrfach nahe an den Rand des Scheiterns gebracht.

Mangelnde gegenseitige Unterstützung der koalitionstragenden Parteien hat dazu geführt, dass wichtige Vorhaben wie die Einführung der Thüringer Gemeinschaftsschule ausgebremst werden. Im Schuljahr 2013/14 gibt es gerade einmal 32 Thüringer Gemeinschaftsschulen, was angesichts von 906 allgemeinbildenden Schulen ein äußerst geringer Wert ist.

Im jüngsten Fall des Polizeiaufgabengesetzes hatte die Landesregierung ein Jahr Zeit, einen verfassungskonformen Vorschlag auf den Tisch zu legen. Stattdessen wird jetzt in Sondersitzungen eiligst ein neuer Gesetzentwurf in den parlamentarischen Gang gebracht, der nach Einschätzung von Experten, die sich in der Anhörung äußern konnte, wieder in Konflikt mit der Landesverfassung kommt.

Neben diesen politischen Vorhaben hat sich die Landesregierung in einer Reihe von Einzelfällen Scharmützel geliefert, die nicht für eine verantwortungsvolle gemeinsame Regierungsführung sprechen. Erinnert sei hier beispielsweise an die unwürdige Debatte um die Verleihung des Thüringer Demokratiepreises durch das Sozialministerium an Pfarrer Lothar König oder an die vorgebliche Überraschung von Wirtschaftsminister Machnig über die politische Vergangenheit des neuen Regierungssprechers Karl-Eckard Hahn.

Die jüngsten heftigen Auseinandersetzungen um die Ruhestandsbezüge von ehemaligen und aktiven Mitgliedern der Landesregierung sind offensichtlich nur die Spitze eines Eisbergs.

Für die Fraktion:

Bodo Ramelow